









v.l.n.r: Judith Hermann (FUE), Simon Ramirez-Voltaire (agl), Monika Dülge (agl), Christopher Duis (BeN), Staatsministerin Sarah Ryglewski (BK), Ingo Ritz (GCAP), Maritta Strasser (FUE). Bild: Bundeskanzleramt/bearbeitet BeN

<u>Zivilgesellschaftliche Vertreter*innen übergeben Appell an Bundeskanzler Scholz</u>

Engagement für SDGs jetzt in New York verstärken

Vertreter*innen aus der Zivilgesellschaft haben am Donnerstag, 7. September 2023, in Berlin einen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz übergeben. In einer gemeinsamen Aktion baten das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), der Global Call to Action Against Poverty (GCAP), die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland (agl) sowie das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) den Kanzler, dass er sich mit seiner Delegation beim SDG-Gipfel am 18./19. September in New York für ein deutliches Zeichen für mehr Anstrengungen zur Erreichung der SDGs einsetzt.

Monika Dülge von der agl: "Die Bilanz zur SDG-Halbzeit ist besorgniserregend. Der Planet ist mit multiplen Krisen in immer kürzeren Zeitabständen konfrontiert, die am stärksten die Menschen im Globalen Süden treffen. Deshalb muss Deutschland jetzt stark in die Verantwortung gehen und in New York an andere Länder appellieren. Die derzeit von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit und Humanitärer Hilfe sind fatal – der Bundeshaushalt bedarf dringend einer Korrektur in den laufenden Haushaltsverhandlungen".

Die zivilgesellschaftlichen Vertreter*innen übergaben einen detaillierten Katalog für weitere notwendige Schritte. Im Gespräch hoben sie zentrale Punkte hervor: "Die Finanzierung der Umsetzung der SDGs muss dringend verbessert werden. Dafür braucht es strukturelle Lösungen für die Schuldenkrise und die Aufnahme von Verhandlungen zu einer neuen, gerechten Steuerarchitektur unter dem Dach der Vereinten Nationen, wie kürzlich von António Guterres vorgeschlagen", so Maritta Strasser vom Forum Umwelt und Entwicklung.

Christopher Duis vom BeN machte zivilgesellschaftliche Erwartungen deutlich, dass sich Deutschlands Position in der Schlusserklärung des SDG-Gipfels wiederfinden soll. "Sehr wichtig ist, dass die Abschlusserklärung eine Solidaritätserklärung an Länder des Globalen Südens beinhaltet", so Duis.

Sarah Ryglewski, Staatsministerin beim Bundeskanzler, empfing Vertreter*innen der Organisationen im Bundeskanzleramt zum Gespräch und nahm die Appelle entgegen: "Nachhaltige Entwicklung lebt von Menschen, die das Thema treiben, in den unterschiedlichsten Funktionen und Rollen, und vom persönlichen Einsatz und Engagement. Deshalb gebühren mein Respekt und mein Dank Ihrer Arbeit. Diese wird gesehen und ernst genommen, denn für die Bundesregierung ist das Thema Nachhaltigkeit weit oben auf der Agenda."

Der vollständige Forderungskatalog kann <u>hier</u> heruntergeladen werden. Weitere Infos sind auf den Seiten der Organisationen zu finden:

www.gcap.global www.agl-einewelt.de www.forumue.de www.ben-bremen.de

Kontakt:

Dr. Simon Ramirez-Voltaire Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. Am Sudhaus 2, 12053 Berlin geschaeftsfuehrung@agl-einewelt.de 030-23462514